

# Urteil stößt Filderstädter vor den Kopf

**Filderstadt** Die Entscheidung des Landgerichts zur Konzessionsvergabe sorgt für viel Verwirrung in der Stadt. *Von Otto-H. Häusser*

**D**amit hatten die Entscheidungsträger nicht gerechnet. Schließlich haben sich die Stadtwerke und die Verwaltung zusammen mit den Beratern von der Kanzlei Boos, Hummel, Wegerich intensiv mit der Konzessionsvergabe für das Strom- und Gasnetz befasst. Trotzdem ist die Stadt im Rechtsstreit gegen die Netze BW, eine Tochterfirma der Energie Baden-Württemberg (EnBW) am Donnerstag unterlegen. Die Vergabe der Konzession an die Fair-Energie Reutlingen ist demnach wirkungslos. Eine erneute Ausschreibung ist die Folge.

**„Es gibt dringenden Handlungsbedarf auf Seiten des Gesetzgebers.“**

Andreas Koch,  
Erster Bürgermeister

Filderstadts Bürgermeister Andreas Koch ist verwundert: „Der Richter hatte uns in der mündlichen Verhandlung bescheinigt, ein sehr transparentes und aufwendiges Verfahren durchgeführt zu haben.“ Nun zeige sich: Nicht einmal die Musterkriterien der Landesenergiekartellbehörde als Grundlage für ein Vergabeverfahren hätten vor Gericht Bestand. „Dann ist dringender Handlungsbedarf des Gesetzgebers gegeben“, so Koch. Die Regierung in Berlin habe zwar im Koalitionsvertrag eine Neuregelung zu Gunsten der Kommunen vereinbart. Der Bundestag werde sich demnächst auch damit befassen. „Leider kommt diese Initiative für unser Verfahren aber zu spät“, sagt Koch. Die Stadt werde die Begründung des Urteils abwarten und dann entscheiden, ob Berufung eingelegt wird.



*Eigentlich sollten die Stromnetze und -verteiler in Filderstadt bald von der Fair-Energie betrieben werden. Doch das Gericht hat dies vorläufig unterbunden.*

Foto: Norbert J. Leven

Dieses Vorgehen hält auch der Fraktionschef von CDU/FDP, Christoph Traub für richtig. Er wundert sich, dass die Stadt unterlegen ist: „Schließlich haben wir uns gute und versierte Berater geleistet.“ Auf deren Einschätzung, ob eine Berufung Aussicht auf Erfolg haben könnte, wollen sich auch die meisten anderen Fraktionssprecher verlassen. „Wir haben ihnen bisher vertraut, wieso soll sich das ändern?“, sagt Robert Hertler (FW). Er zeigt Verständnis dafür, dass die EnBW-Tochter Netze BW vor Gericht gezogen ist. „Wenn man als Unternehmen ein gutes Geschäft nicht weggeben will, muss man alle Mittel ausschöpfen“, sagt Hertler.

Soviel Verständnis für den Klagegegner können Catherine Kalarrytou (Grüne) und Frank Schwemmler (SPD) nicht aufbringen. Sie sind sauer auf die EnBW, obwohl dort das Land das Sagen hat und im Land wieder-

um Grün-Rot die Regierung stellt. „Da wird überhaupt keine Rücksicht auf die Kommunen genommen“, sagt Kalarrytou. Und Schwemmler sagt: Es sei kurios, dass ein Landesunternehmen dagegen klagt, dass bei der Konzessionsvergabe Kriterien einer Landeskartellbehörde angewandt wurden. Beide Stadträte loben die Arbeit der Berater. „Sie haben einen guten Job gemacht“, sagt Schwemmler. Er will abwarten, ob sie sich für eine Berufung aussprechen, geht jedoch davon aus, dass sie von der Qualität ihrer Arbeit überzeugt sind. Kalarrytou ist sich dagegen schon sicher: „Da müssen wir in die Berufung gehen.“ Falls letztlich dann doch das Vergabeverfahren nochmals neu aufgerollt werden muss und die EnBW womöglich den Zuschlag bekommt, fragt sich Schwemmler heute schon: „Wie soll man mit so jemandem vertrauensvoll zusammenarbeiten?“